

Übersicht

über die vom Planungs- und Verkehrsausschuss des Rhein-Sieg-Kreises in seiner 10. Sitzung am 31.01.2012 gefassten Beschlüsse:

TO.-Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./Ergebnis	Abstimmungsergebnis
	Öffentlicher Teil		
	Allgemeine und Geschäftsordnungsangelegenheiten	PVA 61/12 Änderung der TOP-Reihenfolge	einstimmig, Seite
1	Niederschrift über die 9. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 08.11.2011	anerkannt	--
1 a	Antrag der SPD-Fraktion vom 19.01.2012: „RB 23 - Probleme der letzten Monate“	Kenntnisnahme	--
2	Verkehrsentwicklungsplan für den Rhein-Sieg-Kreis hier: Leistungsbeschreibung und Bedarfsfeststellung zum Radverkehrskonzept	PVA 62/12 Zustimmung zum Beschlussvorschlag der Verwaltung	einstimmig, Seite
3	Einrichtung einer TaxiBus-Linie zwischen Sechtem und Wesseling	Zustimmung	Einvernehmen, Seite
4	Mitteilungen und Anfragen		
4.1	AST-Verkehr in Meckenheim und Wachtberg	Kenntnisnahme	--
4.2	Rahmenbetriebsplan für die Erweiterung des Quarz- sand- und Quarzkiestagebaus Rheinbach-Flerzheim der Firma Kieswerke Rheinbach - Geplanter Erweiterungsbereich "Buschhoven-Süd" Bergrechtliches Zulassungsverfahren der Bezirksre- gierung Arnsberg -	Kenntnisnahme	--
4.3	ÖPNV-Angebot in Rheinbach in den Stadtteilen Eichen und Sürst-Hardt	Kenntnisnahme	--
4.4	Behindertengerechter Ausbau der Haltepunkte der Linie 16 in Hersel, Uedorf und Widdig - Sachstand und mögliche Alternativen -	Kenntnisnahme	--
4.5	DB-Fahrpreispraxis 1. Klasse	Kenntnisnahme	--
4.6	Ortsumgehung Bornheim-Roisdorf, L 183 n - Sachstand -	Kenntnisnahme	--
4.7	Amphibienschutz an der Kreisstraße K 49 zwischen Lohmar-Wahlscheid und -Birken	Kenntnisnahme	--
4.8	Aktuelle Mitteilungen und Anfragen	Kenntnisnahme	--

TO.- Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./ Ergebnis	Abstimmungs- ergebnis
5	Nichtöffentlicher Teil Mitteilungen und Anfragen	--	--

Es gibt keine Beschlussempfehlungen für den Kreisausschuss/Kreistag.

Niederschrift

über die vom Planungs- und Verkehrsausschuss des Rhein-Sieg-Kreises in seiner 10. Sitzung am 31.01.2012 gefassten Beschlüsse:

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 17:40 Uhr
Ort der Sitzung: A 1.16
Datum der Einladung: 20.01.2012
Einladungsnachtrag vom: 26.01.2012

Anwesende Mitglieder:

Kreistagsabgeordnete CDU

Herr Marcus Kitz bis 17.30 Uhr
Herr Oliver Krauß
Frau Renate Mersch bis 17.15 Uhr
Herr Tim Salgert
Herr Helmut Weber
Herr Frank Zähren

Kreistagsabgeordnete SPD

Herr Werner Albrecht
Frau Ute Krupp
Herr Jürgen Kusserow
Herr Dietmar Tandler

Kreistagsabgeordnete GRÜNE

Frau Lisa Anschütz
Herr Martin Metz
Herr Ingo Steiner

Kreistagsabgeordnete FDP

Herr Dr. Friedrich-Wilhelm Kuhlmann

Kreistagsabgeordnete Bürger für Meckenheim

Herr Hermann-Josef Nöthen

Sachkundige/r Bürger/-innen DIE LINKE

Herr Bernd Treutler in Vertretung von Herrn SkB Kemper

Sachkundige/r Bürger/-innen CDU

Herr Guido Koch bis 17.25 Uhr
Herr Thomas Sanner in Vertretung von Herrn Abg. Bausch
Herr Frederic Tewes

Sachkundige/r Bürger/-innen FDP

Herr Klaus Reker

Schriftführerin

Frau Ursula Hillebrand

10. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschuss am 31.01.2012		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Entschuldigt fehlten:

Herr Abg. Bausch (CDU)
Herr SkB Kemper (DIE LINKE)
Herr SkB Schlömer (SPD)

Vertreter/-innen der Verwaltung:

Planungsdezernent Jaeger
Planungsamtsleiter Dr. Sarikaya
KVOR Wiehlpütz
KOAR Pütz
Dipl.-Geogr. Dr. Berbuir
Dr.-Ing. Groneck
Dipl.-Ing. Geerling
Dipl.-Ing. Habedank bis TOP 4.2
KBAR'in Fischer bis TOP 4.2

Gäste:

Herr Dipl.-Ing. Sistenich - Geschäftsführer der NVR GmbH
Herr Alsbach - Geschäftsführer der DB Regio NRW GmbH
Herr Gatzweiler - Teilnetzmanager Dieselnetz

10. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschuss am 31.01.2012		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Öffentlicher Teil

Allgemeine und Geschäftsordnungsangelegenheiten		
---	--	--

Der Vorsitzende, Abg. Steiner, eröffnete die 10. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses und stellte die ordnungsgemäße und fristgerechte Einladung fest. Er informierte die Ausschussmitglieder, dass die eingeladenen Vertreter der DB Regio GmbH und der NVR GmbH nicht vor 17.00 Uhr an der Sitzung teilnehmen könnten und schlug deshalb vor, die Tagesordnungspunkte 4.5 „DB Fahrpreispraxis 1. Klasse“ und 1 a „RB 23 - Probleme der letzten Monate“ an das Ende der Tagesordnung zu verschieben.

B.-Nr.: **Die Tagesordnungspunkte 1 a und 4.5 werden am Ende der Tagesordnung beraten.**
61/12

Abst.- **einstimmig**
Erg.:

Anmerkung der Schriftführerin:
Aus Gründen der Übersichtlichkeit wird in der Niederschrift die ursprüngliche Reihenfolge der Tagesordnungspunkte beibehalten.

1	Niederschrift über die 9. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 08.11.2011	
---	---	--

Es gab keine Einwendungen. Die Niederschrift wird anerkannt.

1 a	Antrag der SPD-Fraktion vom 19.01.2012: "RB 23 - Probleme der letzten Monate"	
-----	--	--

Der Vorsitzende, Abg. Steiner, begrüßte zu diesem Thema den Geschäftsführer der NVR GmbH, Herrn Dipl.-Ing. Sistenich und den Geschäftsführer der DB Regio NRW GmbH, Herrn Alsbach sowie den Teilnetzmanager Dieselnetz, Herrn Gatzweiler.

Herr Gatzweiler erläuterte einfürend die Situation auf der Voreifelbahn RB 23 unter Bezugnahme auf die im SPD-Antrag angesprochenen immer wiederkehrenden Themenbereiche.

Nähere Einzelheiten zur Pünktlichkeit, Fahrzeugeinsatz und Kundeninformation sowie ein Ausblick auf den Fahrplanwechsel 2013 können der als **Anlage 1** der Niederschrift beigefügten Präsentation entnommen werden.

Planungsamtsleiter Dr. Sarikaya bat - bezogen auf die vorgestellte Pünktlichkeitsstatistik - um eine Definition der Pünktlichkeit.

Herr Gatzweiler erklärte, als pünktlich gelte ein Zug bis einschließlich fünf Minuten Verspätung. Zugausfälle seien in der Pünktlichkeitsstatistik nicht berücksichtigt worden.

10. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschuss am 31.01.2012		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Der Vorsitzende, Abg. Steiner, dankte Herrn Gatzweiler für den Vortrag und erkundigte sich nach der Funktionsfähigkeit der Ende Dezember in Betrieb genommenen Fahrgastinformationssysteme. Pressemitteilungen habe er entnommen, dass weder die dynamischen Schriftanzeiger ordnungsgemäß funktionieren, noch ersatzweise Lautsprecherdurchsagen erfolgen.

Abg. Krupp wies darauf hin, dass es seit Herbst 2011 einen Block „Abenteuer Eisenbahn - Probleme auf der Voreifelstrecke“ im General-Anzeiger Online gebe. Dort würden viele Kunden ihre Erlebnisse mit der Voreifelbahn einstellen. Das die Probleme mit dem neuen Stellwerk inzwischen überwunden sind, sei sicherlich positiv. Dennoch gebe es verschiedene Beschwerdethemen, die immer wieder angesprochen würden, so z.B. mangelnde Platzkapazität aufgrund unzureichender Zuglänge. Inzwischen werde auch wieder über den Einsatz der „alten Züge“ diskutiert. Ein weiteres Thema sei die Information der Fahrgäste im Zug bei Störungen. Das scheine auch nicht so zu funktionieren, wie es aus der Sicht der Kunden wünschenswert wäre.

Abg. Albrecht kritisierte die Zustände am Bahnhof in Meckenheim. Bis zur Fertigstellung der geplanten Unterführung sei der Außenbahnsteig nur über einen ca. 600 m langen Fußweg zu erreichen. Darüber hinaus gebe es dort weder einen Fahrscheinautomat noch einen Entwerter. Diese Situation sei vor allem für ältere Menschen untragbar. Er forderte die Deutsche Bahn AG auf, hier eine schnelle, unbürokratische, kreative Lösung zu finden.

Abg. Krauß sprach noch einmal das Thema Fahrgastinformation an. Von der Einführung der „Dynamischen Schriftanzeiger“ (DSA) habe man eine wesentlich bessere Kundeninformation erwartet, als dies jetzt tatsächlich der Fall sei. Die DSA werden von Duisburg aus zentral gesteuert und zeigen - wenn überhaupt - Verspätungen und Ausfälle erst so spät an, dass der Kunde potentielle alternative Verkehrsmittel nicht mehr nutzen könne. Auch die zwischenzeitlich eingesetzten Reisendenlenker konnten nicht immer Ort und Zeit der abfahrenden Züge angeben. Insbesondere in den Hauptverkehrszeiten habe der Kunde für Ausfälle und mangelnde Information wenig Verständnis. Da nütze auch der Hinweis auf eine insgesamt gut ausfallende Pünktlichkeitsstatistik nichts. Er wisse, dass der Busersatzverkehr bei unvorhersehbaren Streckensperrungen über einen längeren Zeitraum ein schwieriges Thema sei. Dennoch müsse auch hier die rechtzeitige und umfassende Fahrgastinformation oberster Grundsatz sein. Ein weiterer Punkt sei die Erreichbarkeit der Außenbahnsteige. Dies sei nicht nur in Meckenheim ein Problem. Auch in Swisttal-Odendorf empfinde der Kunde zu Recht die Bahnsteigplanung als großen Nachteil. Dadurch komme es auch häufig zu sehr gefährlichen Situationen, weil der Kunde - nur um seinen Zug zu erreichen - verbotener Weise die Bahngleise quere.

Der Vorsitzende, Abg. Steiner, wies ergänzend zum Thema Fahrgastinformation darauf hin, dass auch beim Einsatz von Schienenersatzverkehr die Züge ausreichend beschildert sein müssen. Für die Kunden müsse die Fahrtrichtung leicht und eindeutig erkennbar sein.

Abg. Anschtz kritisierte die vorgestellte Pünktlichkeitsstatistik. Diese sei wenig aussagekräftig, wenn die Zugausfälle nicht dargestellt würden.

Herr Sistenich, Geschäftsführer der NVR GmbH, bestätigte, mit Inbetriebnahme des neuen Stellwerks im Herbst vergangenen Jahres habe es zahlreiche technische

10. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschuss am 31.01.2012		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Probleme gegeben. Darüber hinaus sei auch der Hauptkritikpunkt des NVR die Fahrgastinformation. Die Kunden könnten eher Verständnis für eine Situation aufbringen, wenn sie wüssten, was passiert sei. Er frage sich, ob die Kundeninformation, die zentral von einer Dienststelle in Duisburg gesteuert werde, dort richtig aufgehoben sei. Der NVR werde die jetzige Situation zum Anlass nehmen, diese Systematik noch einmal bei den Akteuren der DB Station und Service, die heute leider nicht anwesend seien, anzusprechen. Beim NVR werde ein umfassendes Qualitätscontrolling durchgeführt. Sowohl Verspätungen als auch Ausfälle werden regelmäßig ausgewertet. Leider gebe es immer mal wieder Phasen, in denen sich die unvorhersehbaren Ausfälle häufen. Er hoffe aber, dass durch die Verbesserung der Infrastruktur und den Einsatz neuer Fahrzeuge ab Dezember 2013 ein spürbarer Qualitätssprung erreicht werde.

Herr Gatzweiler räumte ein, die dynamischen Schrifthanzeiger seien anfangs noch nicht in der Lage gewesen, alles anzuzeigen, was technisch möglich gewesen wäre. Sie könnten jetzt aber Verspätungen, Gleisänderungen und Zugausfälle anzeigen. Zu einem späteren Zeitpunkt sollen sie auch aufrüstbar sein, um dann auch die Lautsprecherdurchsagen übernehmen zu können. Die Diesellok gebe es noch im Fahrzeugpool, sie werde aber nicht mehr auf der RB 23 zum Einsatz kommen, sondern im Notfall auf anderen Linien eingesetzt. Zum Thema „Durchsagen“ finde man in dem angesprochenen Blog des General-Anzeigers auch positive Beispiele, in denen die Information durch den Triebwagenführer als gut und ausreichend bezeichnet werde. Die Qualität der Durchsagen des Zugpersonals werde auch regelmäßig gemessen. Hier habe man inzwischen eine deutliche Verbesserung gegenüber früher erreicht. Die Infrastruktur im Bahnhof Meckenheim sei zurzeit noch nicht so wie im Endzustand geplant. Es fehle die Bahngleisunterführung. Ob als Zwischenlösung eine „Überwegemöglichkeit“ geschaffen werden könne, werde zurzeit bei der DB Station und Service geprüft. Sofern dies machbar sei, erübrige sich auch die Aufstellung eines zweiten Fahrscheinautomaten. Auf den Kritikpunkt „Beschilderung des Ersatzzuges“ werde er künftig noch einmal verstärkt achten. Nach seinem Kenntnisstand habe dies aber in letzter Zeit gut funktioniert.

Abg. Anschütz bemerkte, das Fahrgastinformationssystem funktioniere auch heute noch nicht einwandfrei. Am Bahnhof in Siegburg sei es gestern ganz ausgefallen. In Au (Sieg) habe der Zug auf dem Gleis gewartet, die Informationstafel habe „Bitte nicht einsteigen“ angezeigt und anschließend sei der Zug ohne die wartenden Fahrgäste abgefahren. Das sei für den Kunden nicht nachvollziehbar. Ansprechpartner vor Ort gebe es nicht mehr. Die Informationszentrale befinde sich in Duisburg, könne aber die tatsächliche Anzeige in den jeweiligen Bahnhöfen nicht kontrollieren. Oftmals funktionieren auch die Lautsprecher nicht. Technische Defekte fallen erst frühestens beim nächsten Wartungszyklus auf. Ihres Erachtens zeige dies, dass die Zentralisierung in Duisburg die falsche Entscheidung war.

Abg. Krupp bat nochmals um Stellungnahme zu ihrem eingangs erwähnten Kritikpunkt „mangelnde Platzkapazität bedingt durch unzureichende Zuglänge“. Insbesondere erkundigte sie sich nach der Ursache und nach der Sanktionierung.

Herr Sistenich bestätigte, dieses Problem sei in letzter Zeit häufiger aufgetreten und werde selbstverständlich auch sanktioniert.

Herr Gatzweiler betonte, die Kürzung von Zügen werde nicht von der DB geplant. Ursache seien vielmehr nicht von der Bahn zu vertretende ad hoc-Ereignisse, wie Fahrzeugschäden bzw. notwendige Sicherheitsüberprüfungen bei Hindernissen oder

10. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschuss am 31.01.2012		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Personen auf den Gleisen (Einkaufswagen, Suizid). In Suizid-Fällen entscheide im Übrigen nicht die Bahn über Gleissperrungen, sondern die Staatsanwaltschaft. Diese sperre in der Regel die komplette Gleisanlage.

Abg. Albrecht erkundigte sich, warum man in die Talentzüge nicht wenigstens einen Fahrkartenautomaten und -entwerter einbauen könne.

Herr Sistenich antwortete, in allen Verkehrsverbänden gebe es eine klare Richtlinie für den Nahverkehr: „Zutritt nur mit gültigem Fahrausweis“. Es habe Jahre gedauert, sich auf diese einheitliche Handhabung zu verständigen. Insofern sollte diese Regelung jetzt nicht aufgeweicht werden. Bezug nehmend auf die Ausführungen von Frau Abg. Anschütz bestätigte er, das nicht ordnungsgemäße Funktionieren des Fahrgastinformationssystems sei in erster Linie das Ergebnis der massiven Zentralisierung. Trotzdem müsse dies nicht die falsche Entscheidung gewesen sein, denn es gebe ja immer noch Menschen, die im Bahnsystem vor Ort im Einsatz seien (z.B. Triebwagenführer, Kontrolleure). Für ihn sei das ein Problem der Vernetzung und Kommunikation. Die beste Technik nutze nichts, wenn es keinen entsprechenden Input gebe.

Abg. Krauß kam noch einmal zurück auf die „fehlenden Wageneinheiten“. Aus der Antwort von Herrn Gatzweiler könne der Eindruck entstehen, dass es sich hierbei nur um einzelne Ausnahmefälle handele. Dem sei aber nicht so. Er bekomme immer noch regelmäßig Mitteilungen über einzügig fahrende RB 23.

Herr Gatzweiler räumte ein, die Situation bei der Fahrzeugverfügbarkeit sei immer noch angespannt. Die Bahn habe aber verschiedene Maßnahmen ergriffen, um die Störanfälligkeit des VT 644 auszugleichen (z.B. Einsatz des VT 643). Dies und der bisherige Winterverlauf haben dazu geführt, dass die Häufigkeit der Schwächung der RB 23 nicht das Niveau des letzten Jahres erreicht habe.

Der Vorsitzende, Abg. Steiner, dankte Herrn Alsbach, Herrn Gatzweiler und Herrn Sistenich für ihre Teilnahme an der heutigen Sitzung und die Beantwortung der Fragen. Er hoffe, dass die RB 23 wieder zu einem zuverlässigen Verkehrsmittel werde und das Vertrauen ihrer Kunden zurückgewinnen könne.

2	Verkehrsentwicklungsplan für den Rhein-Sieg-Kreis hier: Leistungsbeschreibung und Bedarfsfeststellung zum Radverkehrskonzept	
---	---	--

Planungsamtsleiter Dr. Sarikaya erläuterte, der Ausschuss habe die Verwaltung mit Beschluss vom 15.09.2011 beauftragt, ein Radwegekonzept zu erstellen. Nach gründlicher Untersuchung und Definition der Aufgabenstellung werde jetzt von einem Auftragsvolumen von ca. 50.000 € ausgegangen. Mit dem Doppelhaushalt 2011/12 seien aber insgesamt lediglich 30.000 € für die Verkehrsplanung zur Verfügung gestellt worden. Die Verwaltung habe natürlich versucht, die zusätzlichen Kosten in Höhe von 20.000 € aus anderen Kostenstellen zu finanzieren. Dies sei aber leider nicht möglich, weil die Ansätze so eng kalkuliert seien. Zur überplanmäßigen Bereitstellung der für das Radwegekonzept erforderlichen Haushaltsmittel benötige der Kämmerer einen entsprechenden Beschluss des Fachausschusses.

Abg. Krauß bestätigte, aus der Sicht seiner Fraktion habe die Verwaltung in der Vorlage plausibel dargelegt, warum die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel nicht ausreichen. Die von der Verwaltung dargestellte Leistungsbeschreibung entspreche

10. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschuss am 31.01.2012		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

der seinerzeit einvernehmlich festgestellten Zielsetzung. Die Verwaltung habe zugesichert, die Stadt Bonn in die Planungen mit einzubinden. So könne die in anderen Bereichen schon bestehende gute Zusammenarbeit weiter intensiviert werden. Seine Fraktion halte das Projekt auf jeden Fall für förderungswürdig.

Abg. Nöthen schlug vor, auch die Touristikvereinigungen in die Planungen mit einzu beziehen.

Abg. Metz führte aus, es sei sicherlich eine Herausforderung, sowohl nach innen mit den kreisangehörigen Gemeinden, als auch mit den Nachbarkreisen und der Stadt Bonn zu kooperieren, um die Lücken im Radwegenetz zu schließen. Er sei aber zuversichtlich, dass dies gelinge. Dies bestätigten auch die regelmäßig stattfindenden Gemeinschaftssitzungen mit Bonn, in denen der Kreis und die Stadt Bonn die Interessen der Region schon mehrfach gemeinsam formuliert hätten. Ein Radwegekonzept sei nicht zuletzt deshalb eine sinnvolle Investition, weil es gerade in diesem Bereich erhebliche Fördermöglichkeiten des Landes bzw. der Bezirksregierung gebe. Bezogen auf den Vorschlag des Abg. Nöthen machte er deutlich, der Tourismus spiele zwar beim Radverkehr immer eine Rolle, aber speziell in diesem Bereich habe man bereits gute Projekte wie den Siegtalradweg oder das Projekt RadRegionRheinland. Jetzt gehe es in erster Linie um den Radverkehr im Alltag. Die Infrastruktur solle so ausgebaut werden, dass die Menschen auf dem Weg zur Arbeit, zur Schule oder zum Einkaufen das Rad benutzen und dadurch die Straßen entlasten. Das sei eine wichtige Zielsetzung. Insofern sollte man den Touristikbereich einbeziehen, aber den Schwerpunkt auf das „Rad als Verkehrsmittel im Alltag“ setzen.

Abg. Tendler bekräftigte, auch seine Fraktion unterstütze das Projekt und die erforderliche Bereitstellung der zusätzlichen Finanzmittel. Es sei sowohl für den Tourismus, als auch für die Allgemeinheit von großem Interesse. Radverkehr sei nicht zuletzt auch ein Gesundheitsthema.

Planungsamtsleiter Dr. Sarikaya ergänzte, im Rahmen des geplanten Workshops mit dem Gutachter und den unterschiedlichen Akteuren könne auch das Thema Tourismus angesprochen werden.

Abg. Albrecht wies darauf hin, er habe der Vorlage entnommen, dass der Workshop mit den Entscheidungsträgern der Verwaltung und den verkehrspolitischen Sprechern der Kreistagsfraktionen geplant sei. Er erkundigte sich, warum eine Teilnahme des ADFC nicht vorgesehen sei. Darüber hinaus rege er an, bei der Abstimmung mit den sonstigen Trägern auch den „Naturpark Rheinland“ zu beteiligen.

Abg. Metz erwiderte, wenn man den „Naturpark Rheinland“ beteilige, müsse man auch alle anderen Touristikorganisationen einbeziehen. Er betonte nochmals, bei dem jetzt in Auftrag gegebenen Radverkehrskonzept sollte man sich auf den Schwerpunkt „Radverkehr im Alltag“ konzentrieren.

Planungsdezernent Jaeger ergänzte, der ADFC werde von Beginn an in den Abstimmungsprozess mit einbezogen. Lediglich eine Beteiligung an dem Workshop sei nicht vorgesehen, da hier die Rahmenbedingungen von Auftraggeberseite festgelegt und notwendige politische Grundsatzentscheidungen getroffen werden sollen.

10. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschuss am 31.01.2012		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

B.-Nr.: **Der Planungs- und Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, die beschriebenen Leistungen für ein Radverkehrskonzept auszuschreiben. Der Kämmerer wird gebeten, die zur Auftragserteilung zusätzlich erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 20.000 € überplanmäßig bereit zu stellen.**
62/12

Abst.- **einstimmig**
Erg.:

3	Einrichtung einer TaxiBus-Linie zwischen Sechtem und Wesseling	
---	--	--

Planungsamtsleiter Dr. Sarikaya erläuterte, die Forderung nach einer Kreisgrenzen überschreitenden ÖPNV-Verbindung von Bornheim-Sechtem nach Wesseling bestehe schon seit einigen Jahren. Im Herbst letzten Jahres habe sich die Verwaltung gemeinsam mit der Stadt Wesseling und der Stadt Bornheim darauf verständigt, die ÖPNV-Verbindung zunächst durch die Einrichtung einer entsprechenden TaxiBus-Linie sicherzustellen. Der Ausschuss für Verkehr, Planung und Liegenschaften der Stadt Bornheim habe das Angebotskonzept in seiner Sitzung am 25.01.2012 zur Kenntnis genommen. Auf dem Gebiet des Rhein-Sieg-Kreises werde eine Betriebsleistung von etwa 5.000 km pro Jahr erwartet. Die Kosten hierfür werden voraussichtlich unter 10.000 € pro Jahr liegen.

Der Vorsitzende, Abg. Steiner, stellte fest, die Einrichtung der TaxiBus-Linie entspreche dem Beschluss zur Umsetzung des Nahverkehrsplans im linksrheinischen Kreisgebiet und werde insofern von den Ausschuss-Mitgliedern einvernehmlich befürwortet.

4	Mitteilungen und Anfragen	
----------	----------------------------------	--

4.1	AST-Verkehr in Meckenheim und Wachtberg	
-----	---	--

Der Ausschuss nahm die Vorlage zur Kenntnis.

4.2	Rahmenbetriebsplan für die Erweiterung des Quarzsand- und Quarzkiesstagebaus Rheinbach-Flerzheim der Firma Kieswerke Rheinbach; geplanter Erweiterungsbereich "Buschhoven-Süd" - Bergrechtliches Zulassungsverfahren der Bezirksregierung Arnsberg -	
-----	--	--

Abg. Krupp führte aus, nach dem Beschluss im Regionalrat vom Dezember 2011 werde die Darstellung von Quarzkieskonzentrationszonen im Regionalplanentwurf auf Witterschlick-Süd beschränkt. Sie hoffe, dass die aufgrund der Beschlusslage nunmehr erneut erforderliche Öffentlichkeits- und TÖB-Beteiligung zu keinem anderen Ergebnis führe und die Genehmigungsbehörde (Bezirksregierung Arnsberg) über den Erweiterungsantrag entsprechend entscheide.

Abg. Metz bedauerte, dass die regionalplanerisch bereits getroffene Entscheidung, die Quarzkiesgewinnungsbereiche nicht auf Swisttal-Buschhoven auszuweiten, noch

10. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschuss am 31.01.2012		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

nicht rechtskräftig sei und insofern das parallel laufende bergrechtliche Verfahren abgewartet werden müsse. Er hoffe sehr, dass die Kreisverwaltung in ihrer Stellungnahme alle Probleme berücksichtige, die sich an dem beantragten Erweiterungsstandort ergeben. Er wies nochmals darauf hin, dass man für diesen Raum ein langfristiges ökologisches Verbundkonzept brauche, das auch den Bereich Swisttal-Buschhoven als Verbindungskorridor zum Swistbach mit einbeziehe. Insofern sollte die Verwaltung auch entsprechende Zielvorstellungen in ihrer Stellungnahme formulieren.

Abg. Krauß schloss sich den Ausführungen seiner Vorredner an und bekräftigte nochmals, dass erwartet werde, dass die Verwaltung alle in Betracht kommenden Belange in die Stellungnahme einbringe und diese entsprechend deutlich ausfalle.

4.3	ÖPNV-Angebot in Rheinbach in den Stadtteilen Eichen und Sürst-Hardt	
-----	---	--

Abg. Krauß dankte, dass dieses Thema aufgrund der aktuellen Diskussion in Rheinbach auf die Tagesordnung gesetzt worden sei. Auf der einen Seite gebe es eine eindeutige Beschlusslage im dortigen Ausschuss, auf der anderen Seite seien aber auch im Rahmen des Nahverkehrsplanbeschlusses bestimmte Standards festgelegt worden. Die Verwaltung habe zutreffend ausgeführt, dass die Vorgaben des Nahverkehrsplans zur Erschließungsqualität erfüllt werden. Sie habe auch überzeugend dargelegt, dass dort kein TaxiBus hingeführt werden könne. Das Problem sei, dass für die 23 Einwohner in Eichen mit der Einführung des TaxiBusses zum Fahrplanwechsel im Dezember 2009 das AST-Angebot weggefallen sei. Die nächste Haltestelle sei jetzt ca. 700 m von Eichen entfernt. Vergleichbar gebe es aber auch im rechtsrheinischen Kreisgebiet viele Weiler von der Größenordnung, wo der Kreis auch kein ÖPNV-Angebot in dem Maße anbieten könne, wie er es gerne möchte. Vor dem Hintergrund der Vorbildwirkung halte er es auch für vertretbar, an der bisherigen Beschlusslage festzuhalten. Auch die Wiedereinrichtung eines AST-Verkehrs nach Eichen komme nach eingehender und nachvollziehbarer Prüfung der Verwaltung nicht in Frage.

Abg. Krupp äußerte, sie habe Verständnis für den Protest der Bürger und würde es sehr begrüßen, wenn eine Lösung im Interesse der Einwohner von Eichen gefunden werden könnte. Insofern bitte sie die Verwaltung, noch einmal ihre ablehnende Haltung zu begründen. In der Vorlage werde erwähnt, dass es ähnliche Haltestellen-Entfernungen im südlichen Außenbereich von Wormersdorf gebe. Hierzu bitte sie ebenfalls um nähere Angaben.

Dipl.-Geogr. Dr. Berbuir antwortete, die Systematik der TaxiBus- und AST-Verkehre im Rhein-Sieg-Kreis sei bei den Nahverkehrsplanberatungen eingehend diskutiert worden. Es sei immer klar gewesen, dass es keine Parallelbedienungen geben solle, d.h. mit Einführung des TaxiBusses werde der AST-Verkehr in der gleichen Zeit zurückgenommen. Der größere Teil der Nutzer sei auch mit der kostengünstigeren TaxiBus-Anbindung an den Rheinbacher Bahnhof sehr zufrieden.

Dr.-Ing. Groneck erläuterte ergänzend das Beispiel Wormersdorf. Die Bushaltestelle befindet sich im Ortskern, bis zum südlichen Ortsrand sei es von dort aus ähnlich weit wie von Eichen nach Sürst-Hardt.

10. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschuss am 31.01.2012		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
4.4	Behindertengerechter Ausbau der Haltepunkte der Linie 16 in Hersel, Uedorf und Widdig - Sachstand und mögliche Alternativen -	

Abg. Krauß dankte vorab den Ortsvorstehern aus Hersel, Uedorf, Widdig und Wesseling-Urfeld für die in einer Initiative zum barrierefreien Ausbau der Bahnsteige gesammelten 1.489 Unterschriften. Die Vertreter des Rhein-Sieg-Kreises im NVR hätten den Sachverhalt auch regelmäßig in den dortigen Ausschuss-Sitzungen thematisiert. Es gehe darum, die Finanzmittel für den Ausbau zur Verfügung zu stellen. In diesem Zusammenhang müsse geklärt werden, ob an der Güterverkehrsoption festgehalten werde. Wenn dies der Fall sei, dann müsse eine Lösung gefunden werden, die einen niveaugleichen Einstieg erlaube und gleichzeitig nicht das Lichtraumprofil der Güterzüge tangiere. Alternativ müsse dafür gesorgt werden, dass endlich das Verfahren zur Stilllegung der Strecke für den Güterverkehr beantragt werde. Die denkbaren Alternativen habe die Verwaltung in der Vorlage dargestellt. Nach seinem letzten Kenntnisstand wollte die HGK beim Kreis Anfang Januar nachfragen, ob die Güterverkehrsoption überhaupt noch gewünscht sei. Er erkundigte sich, ob dies geschehen sei.

Planungsamtsleiter Dr. Sarikaya erklärte, die HGK habe bisher noch keine Anfrage an die Verwaltung gerichtet. Unabhängig von der Güterverkehrsoption sei es aber für die Verwaltung sehr wichtig, dass die Bahnsteige angehoben und so der Einstieg barrierefrei ermöglicht werde. In der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft der Stadtbahnen sei das Thema ebenfalls besprochen worden. Die Mitglieder sollen sowohl die denkbaren technischen Alternativen, als auch die finanziellen Belastungen für die jeweiligen Verantwortlichen prüfen. Daneben werde in der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft auch überlegt, inwieweit eine Angebotsverbesserung durch eine Verdichtung des Stadtbahnbetriebes auf der Linie 16 möglich sei.

4.5	DB-Fahrpreispraxis 1. Klasse	
-----	------------------------------	--

Der Vorsitzende, Abg. Steiner, erläuterte, er habe dieses Thema auf die Tagesordnung gesetzt, weil es im RE 9 auf der Siegstrecke Probleme mit Fahrgästen gegeben habe, die in einem vollen Zug auf der Treppe zur 1. Klasse gesessen hatten, was von den Fahrausweiskontrolleuren in Form von Fahrpreisnacherhebungen in Höhe von 40,00 € geahndet wurde. Er bat den Geschäftsführer der DB Regio NRW GmbH, Herrn Alsbach, um Auskunft, ob es sich hierbei um gängige Praxis oder einen Einzelfall gehandelt habe.

Herr Alsbach antwortete, es sei ein Einzelfall gewesen, der von der DB AG eingehend geprüft werde. Rechtlich gesehen, habe sich der Kontrolleur richtig verhalten. Der Zugangsbereich gehöre mit zur 1. Klasse. Dennoch diskutiere man zurzeit im Unternehmen den Vorfall unter dem Gesichtspunkt der Verhältnismäßigkeit der Mittel.

Abg. Tendler äußerte, im konkreten Fall habe sich der Kontrolleur in der Tat über jede Verhältnismäßigkeit hinaus verhalten. Da dürfe man sich nicht wundern, wenn dieser Fall von allen Medien aufgegriffen werde. Das Problem sei, dass derartige Fälle von jedem Zugbegleiter anders gehandhabt würden. Während einige lediglich auf das Verbot hinweisen, würden andere sofort 40 € kassieren. Um Irritationen zu vermeiden, sollte die DB ihre Dienstanweisungen für die Zugbegleiter eindeutig formulieren.

10. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschuss am 31.01.2012		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Der Vorsitzende, Abg. Steiner, regte an, vor der eigentlichen Fahrausweiskontrolle in einer Durchsage darauf hinzuweisen, dass jeder, der ohne gültigen 1. Klasse-Fahrschein im Bereich der 1. Klasse angetroffen werde, 40 € zu zahlen habe. Ebenso müsse die 1. Klasse eindeutig gekennzeichnet sein. Auch er sei bisher der Auffassung gewesen, die 1. Klasse beginne an der Tür, die mit einem entsprechenden Schriftzug gekennzeichnet sei.

Herr Alsbach erwiderte, die Kontrolleure (offizielle Bezeichnung: Kundenbetreuer im Nahverkehr), die in solchen Fällen 40 € verlangen würden, handelten entsprechend der Dienstanweisung. Alle anderen bewiesen vielleicht etwas mehr „Fingerspitzengefühl“; es könne aber kein Kundenbetreuer aufgefordert werden, entgegen der Anweisung zu agieren. Natürlich könne man an dieser Stelle auch über die Dienstanweisung diskutieren. Es müsse aber berücksichtigt werden, dass die Fahrgäste, die den Aufpreis für die Beförderung in der 1. Klasse zahlen, damit zu Recht gewisse Erwartungen verknüpfen, wie zum Beispiel höhere Sitzplatzverfügbarkeit, mehr Komfort und eine ruhigere Umgebung.

Abg. Krauß wies darauf hin, dass die Kunden natürlich auch noch durch die Fahrzeugprobleme der DB AG leiden. Es könne vom Fahrgast nicht verlangt werden, dass er beim Betreten eines Doppelstockwagens genau prüfe, ob es sich hier um einen kompletten 1. Klasse-Wagen handle bzw. wo die 1. Klasse beginne.

4.6	Ortsumgehung Bornheim-Roisdorf, L 183 n - Sachstand -	
-----	--	--

Planungsamtsleiter Dr. Sarikaya verwies auf den Sachstandsbericht durch Vertreter vom Landesbetrieb Straßen.NRW in der Gemeinschaftssitzung am 23.09.2011 sowie auf die Berichterstattung des Generalanzeigers am 12.01.2012. Er habe versucht, mit dem Landesbetrieb Straßen.NRW Kontakt aufzunehmen. Dies sei ihm nicht gelungen. Von daher habe er keine neueren Informationen.

4.7	Amphibienschutz an der Kreisstraße K 49 zwischen Lohmar-Wahlscheid und -Birken	
-----	--	--

Der Ausschuss nahm die Vorlage zur Kenntnis.

4.8	Aktuelle Mitteilungen und Anfragen	
-----	------------------------------------	--

a) Gemeinnützigkeit der Bürgerbus-Vereine

Planungsdezernent Jaeger berichtete, das Finanzamt Siegburg habe die Gemeinnützigkeit der Bürgerbus-Vereine Ruppichteroth, Neunkirchen-Seelscheid und Lohmar vor dem Hintergrund der Aufgabe der Jugend- und Altenpflege anerkannt. Die Anerkennung werde jährlich verlängert, wenn ein entsprechender Nachweis erbracht werde. Der Bürgerbus Much fahre demgegenüber eigenwirtschaftlich.

10. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschuss am 31.01.2012		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

b) Vorstellung Tourismuskonzept für die Destination Siegtal

Planungsdezernent Jaeger kündigte eine **Gemeinschaftssitzung** mit dem Kulturausschuss und dem Ausschuss für Struktur- und Wirtschaftsförderung sowie den jeweiligen Fachausschüssen der beteiligten Kommunen für den **12.03.2012**, um 17.00 Uhr, in der Meys-Fabrik Hennef, an. Eine gesonderte Einladung folge.

c) Planfeststellungsverfahren zur Schließung des Bahnübergangs Weckwerk

Planungsamtsleiter Dr. Sarikaya wies noch einmal darauf hin, dass der Ausschuss mit Beschluss vom 08.06.2011 die beabsichtigte Aufhebung des Bahnübergangs „Alter Heerweg/Weckwerk“ abgelehnt und die Verwaltung eine entsprechende Stellungnahme an die Bezirksregierung abgegeben hatte. Die Bezirksregierung prüfe zurzeit die am 24.01.2012 eingegangene Gegenäußerung der DB. Die mündliche Verhandlung werde voraussichtlich Ende März bzw. nach den Osterferien stattfinden.

d) Interkommunaler Arbeitskreis Verkehr

Planungsdezernent Jaeger teilte mit, am 27.02.2012 werde dem Kreis Ausschuss die Beschlussvorlage zur Einrichtung eines interkommunalen Arbeitskreises zum verkehrswirtschaftlichen Gutachten vorgelegt. Hinsichtlich der Organisation habe die Verwaltung bereits jetzt Gespräche mit der Stadt Bonn aufgenommen.

Ende des öffentlichen Teils

Nichtöffentlicher Teil

5	Mitteilungen und Anfragen	
---	---------------------------	--

Hierzu lagen keine Wortmeldungen vor.

Ingo Steiner
Vorsitzender

Ursula Hillebrand
Schriftführerin